

## **Antrag**

**der Abgeordneten Sabine Boeddinghaus, Insa Tietjen, Dr. Carola Ensslen,  
Deniz Celik, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch, Metin Kaya,  
Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Mehmet Yildiz (DIE LINKE)  
und Fraktion**

### **Betr.: Neuberechnung des Sozialindexes: Bestandsschutz für die Bildung!**

In die Neuberechnung des Sozialindexes sind nach über acht Jahren einige Faktoren eingeflossen, die wir begrüßen. Zu Recht stützt sich die Neuberechnung jetzt auf „harte“, öffentlich zugängliche sozialstrukturelle Daten, nicht mehr auf „weiche“ Elternfragebögen. Begrüßenswert ist auch, dass der BuT-Anteil wie auch die §12-Förderung im Bereich LSE ebenso eingeflossen sind, wie Hilfen zur Erziehung und die Muttersprachlichkeit der Kinder und Jugendlichen.

Dennoch führt die Umverteilung von 115 Stellen innerhalb der allgemeinbildenden staatlichen Schulen zu negativen Effekten – nämlich dort, wo diese Stellen abgezogen werden. An den nun hochgestuften Schulen müssen Stunden eingespart werden, zum Teil fehlen den Schulen die nötigen Stellen für ihre langjährig bewährten pädagogischen Konzepte, zum anderen führt die Umverteilung zur Halbierung der systemischen Ressource der Förderkoordination. Schulbegleitungen fallen ebenso weg und die Diagnostik an den Schulen wird erschwert. All dies führt zu einer Verschlechterung an vielen Schulen – 62 um genau zu sein.

Eine Hochstufung der Schulen bedeutet mehr als einen Verwaltungsakt und eine abstrakte Ressourcenverteilung. Für Kinder und Jugendliche fallen Menschen weg, die ihnen auf ihrem Bildungsweg zur Seite stehen, die sie begleiten und fördern. Die Umverteilung innerhalb eines gleichbleibenden Ressourcenpools bedeutet eine Ungerechtigkeit gegen die Kinder und Jugendlichen. Dieses Vorgehen verstößt gegen den Auftrag unseres Bildungssystems, für Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. Dieser Auftrag bleibt als Lippenbekenntnis stehen, in der Wirklichkeit ist Hamburg seit Jahren meilenweit davon entfernt, den schulischen Abschluss von der Herkunft zu entkoppeln – und die Corona-Pandemie hat diese Kluft der Bildungsungerechtigkeit noch verschärft. Zusätzlich wirkt die Ressourcenverteilung noch während der Corona-Krise, deren Auswirkungen zusätzliche Anstrengungen und Mittel benötigen, verschärfend: Sie sind das Öl im Feuer des Bildungsunrechts, dessen Kosten die Kinder und Jugendlichen zu tragen haben.

So sinnvoll die Neuberechnung des Sozialindexes ist, es müssen massiv zusätzliche Ressourcen in unser Bildungssystem eingebracht werden. Die Schulen brauchen einen Schutz ihres Bestandes an Ressourcen zur pädagogischen Arbeit. Denn alle wissen: Bildung geht nur mit Bindung!

### **Die Bürgerschaft möge beschließen:**

#### **Der Senat wird aufgefordert,**

1. den Schulen, die von einer Hochstufung in der Neuberechnung des Sozialindexes betroffen sind, ihre vorherigen Ressourcen vollumfänglich weiterhin zuzuweisen;
2. die zusätzlich benötigten Ressourcen zum neuen Schuljahr bereitzustellen;

3. zur Finanzierung der zusätzlich benötigten Stellen coronabedingte Mehrbedarfe aus dem Corona-Hilfsprogramm, Einzelplan 9.2. geltend zu machen;
4. der Bürgerschaft bis zum 23.06.2021 zu berichten.